

Ehrlich, Otto H.

Article — Digitized Version

Unvollkommene Synchronisierung zwischen den Volkswirtschaften Westeuropas und der USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ehrlich, Otto H. (1961) : Unvollkommene Synchronisierung zwischen den Volkswirtschaften Westeuropas und der USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 2, pp. 69-78

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133082>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

Unvollkommene Synchronisierung zwischen den Volkswirtschaften Westeuropas und der USA

Prof. Dr. Otto H. Ehrlich, New York

Der Autor untersucht in der vorliegenden Abhandlung die Gründe für die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung in den europäischen Volkswirtschaften und in den USA. Er vergleicht und analysiert die differierenden Wachstumsraten der verschiedenen Komponenten, die an der Bildung des Sozialprodukts beteiligt sind. Als wesentlichste Komponente erkennt er den Verbrauch, der die stärksten wirtschaftlichen Wachstumskräfte auslöst. Die Unterschiedlichkeit, die sich gegenwärtig in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den USA und Europa abzeichnet, ist nach Darlegung des Autors darauf zurückzuführen, daß die Entwicklung in beiden Räumen nicht synchron verläuft, d. h. letztlich, daß die beiden Räume sich in verschiedenen Wirtschaftsstadien befinden. Mit dieser Feststellung dürfte aber das Ende der quantitativen Beweisführung erreicht sein. Der Autor läßt den Schluß offen, daß die USA die Phase des Massenkonsums bereits durchlaufen haben und nach einem neuen Inhalt ihrer wirtschaftlichen Aufgaben suchen, während Europa noch am Anfang dieser Entwicklung steht. Vielleicht ist es aber gerade die Unvollkommenheit der Synchronisierung, die die Kräfte für die weltwirtschaftliche Kapital- und Güterbewegung auslöst.

Die Leistung einer Volkswirtschaft ist das Ergebnis zweier simultaner Kräfte, von denen die eine das langfristige Wachstum, die andere kurzfristige Fluktuationen bewirkt. Von zwei Kräften zu sprechen, bedeutet eine quantitative Simplifizierung, aber das entspricht der Vorstellung, daß die Wirtschaft immer von antagonistischen, polaren Kräften vorangetrieben wird. Die Zahl dieser Kräfte ist jedoch in Wirklichkeit unendlich groß, aber alle gehen auf das rätselhafte Schema ein und desselben heterogenen Wirtschaftssystems zurück.

DER THEORETISCHE HINTERGRUND

Wirtschaftswissenschaftler sind zu der Erkenntnis gelangt, daß die gegenseitige Abhängigkeit von Einkommen, Investitionen und vorhandenem Kapital innerhalb einer Wirtschaft die strategischen Wechselbeziehungen darstellt. Immer wenn eine Investition durchgeführt, d. h. das Kapital erhöht wird, wirkt sie sich vermehrend auf das Bruttosozialprodukt aus. Eine Änderung des Bruttosozialprodukts verändert das Volkseinkommen, und diese Initialveränderung im Einkommen erzeugt wiederum eine sekundäre Veränderung im Bruttosozialeinkommen. Diese zweite Veränderung ihrerseits beschleunigt (oder hemmt) das Wachstum des Volkseinkommens. Dieser Mechanismus wird durch den Bevölkerungszuwachs und den technischen Fortschritt ausgelöst. Am Anfang steht eine tatsächliche oder erwartete Steigerung der Nachfrage nach mehr Gütern und Dienstleistungen. Nach einer gewissen Zeit kommen mehr Versorgungsgüter auf den Markt, sie werden abgesetzt, und das Wachstum der Wirtschaft hat begonnen.

Angenommen, daß technische Neuerungen eingeführt wurden, daß Ersparnisse vorhanden sind und daß das Bankensystem Kredite zur Verfügung stellt, werden neue Investitionen vorgenommen, die Produktivität wird sich erhöhen und das Einkommen aus Arbeit und Kapital wird steigen. Ganz natürlich wird sich als Folge dieser Entwicklung die Nachfrage nach Konsumgütern ausweiten. Es ist ebenso natürlich, daß die Menschen ihren höheren Verbrauch als „normal“ betrachten werden, wenn die Prosperität eine Weile anhält. Sollte nun eine Recession einsetzen und die Einkommen sinken, so wird dieser höhere Verbrauch dadurch verteidigt werden, daß man die Ersparnisse angreift oder borgt. Wenn in einer darauffolgenden Erholungsperiode die Einkommen wieder ansteigen, dann ist es möglich, daß der Verbrauch nicht wesentlich zunimmt, solange das Einkommen aus der Zeit vor der Recession nicht wieder erreicht ist. Danach wird aber der Verbrauch wieder in die Höhe schießen. Diese Art eines langsamen, immer wieder unterbrochenen Anstiegs hat man auch mit dem Ausdruck „ratchet effect“ bezeichnet. Sie ist eine der Grundlagen für das Wachstum einer Wirtschaft.

Bevölkerungswachstum, Verfügbarkeit natürlicher Hilfsquellen, technisches „know-how“, Kapitalbildung, unternehmerische Initiative usw. sind entscheidend für die Grenzen, bis zu denen sich eine Wirtschaft zu einem gegebenen Zeitpunkt möglicherweise ausweiten kann. Wenn diese potentielle oder „natürliche“ Wachstumsrate jemals mit der tatsächlichen identisch sein sollte, dann wären optimale Produktion und Beschäftigung sichergestellt. Aber Abweichungen zwischen

diesen beiden Wachstumsraten sind die Regel, und der Weg der Entwicklung verläuft wellenförmig um die „natürliche“ Wachstumsrate.

Eine Diskrepanz zwischen der tatsächlichen und der natürlichen Wachstumsrate kann sich auch dann entwickeln, wenn exogene Faktoren wie Bevölkerungswachstum und technischer Fortschritt fehlen. Sie setzt nicht mehr als eine fast normale Konstellation von „Grenzhang zum Verbrauch“ (marginale Konsumquote) und Kapitalkoeffizienten voraus. Der Grenzhang zum Verbrauch stellt den Prozentsatz eines zusätzlichen Einkommens dar, der für zusätzlichen Verbrauch ausgegeben wird. Der Kapitalkoeffizient ist die Anzahl von Einheiten des Kapitaleinsatzes, der notwendig ist, um eine Einheit des Produktionsausstoßes zu erhalten.

Wenn z. B. 90 % des zusätzlichen Einkommens dem Verbrauch zugeführt würden und wenn zwei Einheiten von Kapitaleinsatz notwendig wären, um eine Einheit des Bruttosozialprodukts zu erzeugen, so würde die Wirtschaft eine beschleunigte Wachstumsrate zeigen. Eine derartige Ausweitung würde aber bald gegen die obere Grenze der verfügbaren Arbeitskräfte und der damit verbundenen Produktivität stoßen, und die Wirtschaft würde in eine ernste Krise geraten. Sie kann sich davon wieder erholen, würde sich aber bald wieder in einer ähnlichen Konstellation wie vorher befinden. Vielleicht hat sie dann sogar ein noch größeres Arbeitskräftepotential und eine noch größere Produktivität. Ein steilerer Anstieg würde dann in einen noch tieferen Sturz umschlagen.

Da wir kaum jemals derartig große, erdbebenartige Erschütterungen erlebt haben, sind Modifikationen dieser sogenannten „Beschleunigungs-Multiplikatortheorie“ der Konjunkturschwankungen vorgenommen worden. Das Kernstück der alten Theorie sind die schnelle Wirksamkeit und der Umfang zusätzlicher Investitionen. Die Kritiker wenden jedoch ein, daß zusätzliche Investitionen zusätzliche Mittel erfordern. Je größer der Bedarf an Finanzierungsmitteln ist, um so höher sind auch die Kosten für die Aufbringung dieser Mittel, und Investitionen sind keineswegs unempfindlich gegen steigende Finanzierungskosten.

In einer Welt, in der die internationale Arbeitsteilung nicht völlig durch einen autarken Nationalismus erstickt worden ist, breiten sich wirtschaftliche Bewegungen — sowohl Wachstum wie Schwankungen — über die geographischen Grenzen hinaus aus. Wenn eine Recession in einem Lande die Einfuhren aus dem Ausland beschränkt, so werden die Lieferanten in den anderen Ländern es zu spüren bekommen. Ebenso werden steigende Exporte des ersten Landes Rückwirkungen auf die Konkurrenten in anderen Ländern haben.

Wirtschaftliches Wachstum und Schwankungen haben auch eine Rückwirkung auf die finanziellen Reserven des betreffenden Landes. Wo Prosperität herrscht, wird der Zinsfuß höher sein als in Gebieten, die unter einer Recession leiden. Infolgedessen wird ein internatio-

nal Kapitalstrom in das Land mit dem höheren Zinsfuß fließen. Kurzfristige Gelder sind besonders empfindlich gegen ein Absinken des Zinsfußes. Bald werden sich Rückwirkungen bemerkbar machen, und die internationale gegenseitige Abhängigkeit bei Wachstum und Schwankungen wird offenbar werden.

Es ist jedoch eine ganz andere Frage, in welchem Ausmaß diese sich gegenseitig beeinflussenden wirtschaftlichen Vorgänge zwischen den einzelnen Ländern synchronisiert werden. Das kann von dem Ähnlichkeitsgrad ihrer kommerziellen und finanziellen Institutionen und Gewohnheiten abhängen. Es kann aber auch davon abhängen, wieweit eine Arbeitsteilung zwischen zwei Ländern Wirklichkeit geworden ist, und es spielt auch eine Rolle, mit welchem Temperament ein Land spontan auf wirtschaftliche Veränderungen in anderen Ländern reagiert.

In dieser Abhandlung wird die These vertreten, daß die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit in den westeuropäischen Ländern und in den USA das Ergebnis einer unvollkommenen Synchronisation ist. Bei dem gegenwärtigen Stand unseres wirtschaftswissenschaftlichen Verständnisses scheint es aber verfrüht, die Ursachen für diesen Mangel zu beurteilen. Die Mehrzahl der Beobachter scheint zu glauben, daß die USA den Welthandel so lange beherrscht haben, daß sie jetzt von einer Art Trägheit erfaßt worden sind, die vorübergehend ihre alte Wettbewerbsfähigkeit schwächte. Gekräftigt durch etwas, was euphemistisch „rolling adjustment“ (ständig vorangetriebene Anpassung) genannt wird, wird die amerikanische Wirtschaft bald wie ein Phönix in jugendlicher Frische wieder auferstehen.

Eine andere, tiefer schürfende Analyse glaubt, daß die Umstände darauf hindeuten, die USA seien am Ende eines Abschnittes ihrer wirtschaftlichen Entwicklung angelangt, den W. W. Rostow als „Age of High Mass-Consumption“ (Zeitalter hohen Massenkonsums) bezeichnet. Westeuropa hat diese Stufe gerade erreicht. Die USA tasten sich jetzt in eine neue Ära ihrer Wirtschaftsgeschichte hinein. In dieser Ära werden die Anforderungen des „kalten Krieges“ nicht ausreichende Mittel für einen hohen Massenkonsum übriglassen. Gleichzeitig werde eine Art „Buddenbrooks-Dynamik“ einsetzen. Wenn nämlich eine neue Generation den Ehrgeiz der älteren erfüllt sehe, wende sie sich neuen Zielen zu. Es gibt Hinweise dafür, daß dies größeren Kinderreichtum bedeuten könne.

DAS WACHSTUM DES BRUTTOSOZIALPRODUKTS

Die Antriebskräfte einer wirtschaftlichen Expansion sind das Anwachsen der Bevölkerung und der technische Fortschritt. Daten über die Bevölkerungsentwicklung folgen in der Übersicht. Für den technischen Fortschritt gibt es keinen direkten Maßstab, jedoch kann die Kapitalbildung in Maschinen und Bauten als indirekter Maßstab dienen.

Wachstumsraten von Bevölkerung und Kapitalbildung 1950—1959

(in %)

Land	Bevölkerung	Kapitalbildung in Maschinen und Gebäuden zu Preisen von 1954
Osterreich 1)	0,0	76,0
Belgien-Luxemburg 1)	3,3	17,9
Dänemark	6,5	40,7
Frankreich	7,7	38,3
Westdeutschland	10,5	127,4
Italien	4,5	103,1
Niederlande	11,9	57,5
Norwegen	9,4	31,5
Schweden	5,7	59,4
Großbritannien	3,2	47,0
USA	17,7	19,3

1) 1950—1958.

Die Wachstumsrate der Bevölkerung war am höchsten in den USA, am niedrigsten in Osterreich, Großbritannien und Belgien-Luxemburg, bei der Wachstumsrate des Anlagekapitals aber hinkten die USA hinter allen anderen Ländern mit Ausnahme Belgien-Luxemburgs her. Hier führten Deutschland und Italien bei weitem.

Am zweckdienlichsten zeigt das Wachstum des Bruttosozialprodukts die wirtschaftliche Expansion an.

Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts

(Errechnet unter Berücksichtigung der Abwertung)

Land	Zeitraum	Wachstumsrate in % pro Jahr
Westdeutschland	1950/59	7,3
Osterreich	1950/58	6,2
Italien	1950/59	5,7
Schweiz	1950/58	4,8
Niederlande	1950/59	4,6
Frankreich	1954/59	4,0
Schweden	1950/59	3,4
USA	1950/59	3,3
Norwegen	1950/59	3,2
Dänemark	1950/59	2,5
Belgien	1950/58	2,3
Großbritannien	1950/59	2,2

Aus der absoluten Zunahme des Bruttosozialprodukts sollte man jedoch keinen Fetisch machen. Die Leistung einer Wirtschaft wird sinnvoller bewertet, wenn man sie mit dem Bevölkerungswachstum in Verbindung

Pro-Kopf-Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts im Zeitraum 1950—1959

Land	Pro-Kopf- Wachstums- rate in %
Westdeutschland	6,2
Osterreich 1)	6,0
Italien	5,1
Schweiz	3,5
Niederlande	3,3
Frankreich	3,0
Schweden	2,6
Norwegen	2,3
Belgien 1)	2,2
Dänemark	1,9
Großbritannien	1,6
USA	1,6

1) 1950—1958.

setzt. In Großbritannien z. B. stieg 1958 das Sozialprodukt leicht an, aber die Bevölkerung wuchs schneller, infolgedessen fiel sein Anteil pro Kopf der Bevölkerung. Die USA machten 1956 und 1957 die gleichen Erfahrungen, als ihr Bruttosozialprodukt um 2,1 % bzw.

1,9 % stieg, diese Steigerung aber durch das Bevölkerungswachstum fast ausgeglichen wurde, so daß der Pro-Kopf-Anteil des Bruttosozialprodukts 1956 nur um 0,3 % und 1957 nur um 0,15 % anstieg.

Deutschland führte, und die USA standen an letzter Stelle. Aber trotz allem, was eben erwähnt wurde, muß darauf hingewiesen werden, daß immer noch ein großer Unterschied zwischen der wirtschaftlichen Leistung der westeuropäischen Länder und derjenigen der USA bestand, obwohl der europäische Fortschritt sehr bemerkenswert war. Die Pro-Kopf-Größen des Bruttosozialprodukts, umgerechnet auf den konstanten Dollarwert von 1954 zum Dollarwechsellkurs der europäischen Währungen im Jahre 1957, beweisen eine überzeugende Führung der USA vor den anderen Ländern.

Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt der USA und europäischer Länder 1959

Land	Bruttosozialprodukt pro Kopf	
	in \$ zu Preisen von 1954	in % des USA- Bruttosozialprodukts
USA	2 303,75	100
Schweiz	1 363,83	59,2
Schweden	1 225,21	53,2
Frankreich	1 203,43	52,4
Großbritannien	1 038,59	45,0
Dänemark	1 015,80	44,1
Belgien	1 009,80	43,9
Norwegen	979,56	42,6
Westdeutschland	940,95	40,9
Niederlande	744,86	32,4
Osterreich	607,21	26,4
Italien	506,51	22,0

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Gegenüberstellung dieser Zahlen keine Basis für einen wissenschaftlichen Vergleich des Lebensstandards der verschiedenen Länder darstellt, auch implizieren die Zahlen keine Werturteile über den wirtschaftlichen Wohlstand. Keine Forschungsarbeit hat bisher ein zufriedenstellendes Modell für internationale Vergleiche dieser Art geliefert.

WACHSENDER VERBRAUCH

Die Aufmerksamkeit des Lesers soll jetzt darauf gerichtet werden, inwieweit die einzelnen Komponenten des Bruttosozialprodukts zu dem Gesamtumfang des Bruttosozialprodukts beigetragen haben. Verbrauch, Kapitalbildung und Einnahmen aus dem Außenhandel sollen nacheinander untersucht werden. Die bei weitem größte Komponente des Bruttosozialprodukts sind die Verbrauchsausgaben. Die Nachfrage der Verbraucher, die während des zweiten Weltkrieges vernachlässigt werden mußte, war wahrscheinlich Mitte der 50er Jahre gesättigt. Für zwei Jahre, 1957 und 1958, verlangsamte sich das Wachstum des Verbrauchs. 1958 war auf beiden Seiten des Atlantik ein schlechtes Jahr. Aber 1959 begann sich in Europa ein hoher Massenverbrauch zu entfalten, eine Entwicklung, die sich 1960 fortsetzte. Obgleich in den USA die Steigerung des Verbrauchs nicht langsam vor sich ging, so blieb sie doch hinter der außerordentlichen Steigerung des Bruttosozialprodukts von 6,7 % zurück.

Wachstumsraten des privaten Verbrauchs
(in %, zu Preisen von 1954)

Land	J.-D. 1950—1956	1957	1958	1959
OEEC-Länder (außer Spanien)	4,7	3,8	2,0	3,2
USA	3,5	2,5	0,8	5,8

Die durchschnittliche Wachstumsrate der OEEC-Länder wurde 1959 übertroffen in:

Dänemark	8,2 %
Italien	5,0 %
Westdeutschland	5,0 %
Schweden	3,8 %
Großbritannien	3,8 %

Die wichtigsten Gegenstände des Verbrauchs sind Lebensmittel, Bekleidung und dauerhafte Verbrauchsgüter. Verglichen mit Bekleidung und insbesondere mit dauerhaften Verbrauchsgütern trugen 1959 Lebensmittel wenig zur Verbrauchssteigerung bei. Die Verbrauchssteigerung bei dauerhaften Konsumgütern löste 1959 die westeuropäische Prosperität aus. Der Konsum dauerhafter Verbrauchsgüter stieg in viel größerem Umfang als der private Verbrauch im allgemeinen.

Steigerung des privaten Verbrauchs 1958—1959
(in %)

Land	Insgesamt	Dauerhafte Verbrauchsgüter
Großbritannien	3,8	19,0
Dänemark	8,2	16,0
Italien	5,0	9,0
Niederlande	3,2	9,0
Schweden	3,8	8,0
Westdeutschland	5,0	6,0

Eine große Rolle spielten dabei Personenkraftwagen. Ihre Produktion stieg 1959 in:

Italien	um 26 %
Frankreich	um 17 %
Westdeutschland	um 15 %
Großbritannien	um 13 %
USA	um 31 %

Ein Teil der Produktion der OEEC-Länder wurde in andere OEEC-Länder exportiert und dort verbraucht.

Steigerung der Komponenten des Bruttosozialprodukts
(in % des Gesamtwachstums)

Land	1950—1956			1957			1958			1959						
	Jährl. Wachstumsrate	Beitrag von			Jährl. Wachstumsrate	Beitrag von			Jährl. Wachstumsrate	Beitrag von						
		Verbrauch	Kapital- bildung	Außen- handel		Verbrauch	Kapital- bildung	Außen- handel		Verbrauch	Kapital- bildung	Außen- handel				
Osterreich	8,0	62,4	27,3	10,3	5,6	56,1	38,6	5,3	3,2	85,7	37,1	-22,9
Belgien	3,7	59,1	19,4	21,6	3,0	77,3	32,0	-9,6	-0,8	133,3	195,2	-228,6
Dänemark	1,7	88,0	23,5	-11,5	5,8	43,1	28,1	28,8	2,1	133,9	-30,8	46,9	5,0	118,8	80,5	-99,4
Frankreich	5,6	86,9	41,9	-28,8	5,8	73,5	30,9	-4,3	1,3	-34,2	43,6	90,5	2,1	55,6	-49,0	93,4
Westdeutschland	10,8	64,0	28,3	7,6	5,4	75,4	10,4	14,2	2,8	134,8	3,4	-38,3	5,7	72,4	34,3	-6,6
Italien	6,5	69,6	29,9	0,4	6,3	50,8	28,1	21,2	4,4	72,4	9,0	18,5	6,6	53,7	28,0	18,4
Niederlande	6,3	67,7	23,7	8,5	2,0	-37,1	74,2	62,9	1,7	1,8	-270,4	368,5	5,2	35,8	65,5	-1,2
Norwegen	4,2	60,6	37,4	2,0	2,2	70,9	-11,7	40,8	0,3	117,7	96,8	-114,5	3,8	73,4	-37,2	63,8
Schweden	3,4	77,2	37,4	-14,6	3,6	43,1	42,6	14,3	1,0	239,0	-52,9	-86,4	6,5	50,5	26,6	22,9
Großbritannien	2,8	68,4	45,5	-13,9	1,4	59,4	46,7	-6,2	0,1	2 000,0	-878,5	-1021,4	3,2	94,5	33,8	-28,3
USA	4,3	88,7	9,4	2,0	1,9	122,6	-38,7	17,3	-2,0	-41,3	96,3	46,3	6,7	57,4	15,6	27,0

Anm.: Wenn die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts negativ war (d. h. wenn es abnahm), bedeutet ein Minuszeichen vor dem Beitrag einer seiner Komponenten, daß diese sich in der entgegengesetzten Richtung entwickelte (d. h. zunahm).

Wieder erscheint es angebracht, den Gesamtverbrauch mit der Anzahl der Verbraucher in Beziehung zu setzen.

Steigerung des Pro-Kopf-Privatverbrauchs
(Zu Preisen und Wechselkursen von 1954)

Land	Zeitraum	Jährl. Steigerung in %	Privat- verbrauch 1958 in \$
Frankreich	1954/59	1,4	800,04 ¹⁾
Belgien	1954/58	1,2	795,58
Schweden	1954/58	1,9	763,75
Großbritannien	1954/58	1,9	720,48
Norwegen	1954/58	1,3	600,98
Westdeutschland	1954/59	7,8	570,60 ²⁾
Niederlande	1954/58	2,2	420,25
Osterreich	1954/58	5,4	399,16
Italien	1954/58	3,8	322,39

¹⁾ 1959: 798,86 \$. ²⁾ 1959: 591,77 \$.

Im Gegensatz dazu steht die Entwicklung in den USA, wo der Pro-Kopf-Privatverbrauch während der gleichen 8 Jahre um jährlich 1,1 % auf 1 543,21 \$ 1958 und auf 1 606,31 \$ 1959 stieg.

KAPITALBILDUNG

Die Produktionsfaktoren

Nach dem Verbrauch waren die Investitionen in Kapitalgütern ein wichtiges Element für das Wachstum des Bruttosozialprodukts. Wie wurden die Gelder angebracht? Die von den Geschäftsbanken gegebenen Kredite stiegen von 1950 bis 1959 beachtlich:

Frankreich	297 %
Italien	258 %
Osterreich	183 %
Westdeutschland	118 %
USA	111 %
Belgien	96 %
Großbritannien	71 %
Niederlande	53 %
Schweden	45 %

Diese relativen Prozentzahlen sind für das von den einzelnen Ländern erreichte Wirtschaftswachstum charakteristisch, obwohl man nicht vergessen darf, daß die absoluten Zahlen eine andere Geschichte erzählen. In Italien z. B. sinkt die Zunahme der von den Banken

gewährten Kredite von 258 % auf 187 %, wenn man unter Berücksichtigung der Veränderungen des Verbraucherpreisindex den Wert der Lire von 1954 zugrunde legt und dann zu Wechselkursen von 1954 in Dollars umrechnet. Für die USA verringert sich die Steigerung der Bankkredite gleichermaßen auf 69 %, wenn man sie auf den Dollarwert von 1954 umrechnet. Aber die absolute Differenz zwischen den gesamten Bankkrediten Italiens 1950 und 1959 war nur wenig mehr als 5 Mrd. \$, während sie in den USA 40 Mrd. \$ betrug.

Eine andere Voraussetzung für eine Zunahme der Investitionen ist die Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Die folgende Übersicht zeigt die jüngste Entwicklung auf dem angespanntesten Arbeitsmarkt Westeuropas, nämlich in Westdeutschland.

Entwicklung des westdeutschen Arbeitsmarktes

Jahr	Beschäftigungszunahme in Bergbau und Industrie seit 1957 in %	Gemeldete Arbeitslose in % aller Beschäftigten
1958	0,0	3,5
1959 Februar	1,6	3,0
Mai	0,0	1,3
August	4,0	0,9
Dezember	4,8	2,2
1960 März	5,6	1,3
Juni	7,1	0,7

Die Anzahl der gemeldeten Arbeitslosen betrug im April 1960 189 000, die Anzahl der freien Arbeitsplätze dagegen 455 200 (die letzten zur Verfügung stehenden Zahlen). Wenn die Lage auf dem Arbeitsmarkt Westdeutschlands künftig erleichtert werden soll, so könnte das folgendermaßen erreicht werden: Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die Industrie, Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften und arbeitssparende Neuerungen.

Ein angespannter Arbeitsmarkt besteht auch in Schweden. Aber in Belgien, Italien und in den weniger industrialisierten Ländern Südeuropas ist die Arbeitslosigkeit groß, und eine Ausschöpfung der Arbeitskräfte wird in absehbarer Zukunft kaum erreicht werden. In einer großen Anzahl von Ländern besteht ein Arbeitskräftemangel in einigen Wirtschaftssektoren, während in anderen Sektoren immer noch überzählige Arbeitskräfte vorhanden sind. Das traf eine lange Zeit für Frankreich und Großbritannien zu. In Großbritannien z. B. benötigten folgende Industriezweige Arbeitskräfte: Kraftfahrzeuge, dauerhafte Konsumgüter, Chemie und Maschinenbau. Dagegen herrschte in Bergbau, Schiffbau und Flugzeugbau Arbeitslosigkeit.

Wachstumsraten der Investitionen

Wenn die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zur Verfügung stehen und wenn technische Fortschritte eine belebende Wirkung ausüben, dann wachsen auch die Investitionen. (Sie sollten aber erst als Kapitalbildung bezeichnet werden, nachdem neuproduzierte Waren verkauft worden sind.)

Wachstumsrate der Investitionen

(in %)

Land	J.-D. 1950—1956	1957	1958	1959
Osterreich	10,5	6,7	5,1	—
Belgien	4,3	5,7	9,3	—
Dänemark	0,9	8,6	9,1	23,4
Frankreich	13,2 ¹⁾	9,0	2,8	5,0
Westdeutschland	13,6	2,3	0,4	8,3
Italien	10,5	8,2	1,8	8,5
Niederlande	5,4	5,7	17,2	15,4
Norwegen	5,1	0,8	0,8	4,6
Schweden	7,1	7,1	2,3	8,0
Großbritannien	10,1	3,9	3,8	6,7
USA	2,0	4,1	11,3	6,1

¹⁾ 1954—1956.

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Investitionen der 10 europäischen Länder betrug 1950 bis 1956 7,9 %. Westdeutschland, Frankreich, Osterreich, Italien und Großbritannien lagen über dem Durchschnitt. Im Jahre 1957 sank die Durchschnittsrate auf 5,6 %, und Frankreich stand an führender Stelle. Westdeutschland lag weit zurück. Im Recessionsjahr 1958 hatten nur drei Länder eine bedeutende Wachstumsrate auf dem Investitionssektor aufzuweisen; nämlich Osterreich, Frankreich und Italien. Die Lage besserte sich 1959, als Dänemarks Wachstumsrate auf 23 % emporschnellte. Die Niederlande, die 1958 eine Abnahme der Investitionen von 17 % aufwiesen, hatten 1959 wieder eine Zuwachsrates von 15 %. Westdeutschland, Italien und Schweden lagen knapp über dem Durchschnitt.

Im Jahre 1959 betrug der Anteil des Verbrauchs an der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts in acht führenden westeuropäischen Ländern fast 70 %, der Anteil der Investitionen war etwas niedriger als ein Drittel des Bruttosozialprodukts. Wenn man aber die Beschleunigungs-Multiplikatoreffekte in Betracht zieht, dann darf die Bedeutung der Investitionen für das Wachstum nicht unterschätzt werden.

Produktivität der Kapitalinvestitionen

Eine interessante Wechselbeziehung wurde im „World Economic Survey 1959“ der UNO zwischen „produktiven“ Investitionen und Bruttoinlandsprodukt festgestellt. Die produktive Bruttoinvestitionsrate ist der Anteil, den „Bruttoinvestitionen des Anlagevermögens minus Wohnungsbau minus Investitionen durch die Regierung“ am Bruttosozialprodukt haben. Wenn dieser „produktive“ Investitionsanteil durch die Wachstumsquote des Bruttosozialprodukts dividiert wird, so erhält man das „Verhältnis von zusätzlich investiertem Kapital zu zusätzlich erzeugtem Bruttosozialprodukt“ („incremental capital — output ratio“). Es gibt an, wieviel Einheiten von zusätzlichen „produktiven“ Investitionen erforderlich sind, um eine zusätzliche Einheit des Bruttosozialprodukts zu erhalten.

um eine zusätzliche Einheit des Bruttosozialprodukts zu erzeugen. Das Verhältnis zwischen den USA und Westdeutschland war 1,7 : 1. Für eine zusätzliche Einheit des Bruttosozialprodukts benötigten die USA sieben Zehntel einer Einheit zusätzlichen Kapitals mehr

als Westdeutschland. Eine Verallgemeinerung drängt sich hier auf, nämlich daß ein umgekehrtes Verhältnis zwischen „capital-output ratio“ und Wachstum des Bruttosozialprodukts besteht.

Verhältnis von „produktiven“ Bruttoinvestitionen zur Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts 1950—1958
(Berechnet zu konstanten Preisen)

Land	Produktive Bruttoinvestitionen in % des Bruttosozialprodukts	Jahreswachstumsrate des Bruttosozialprodukts in %	Verhältnis von zusätzlich investiertem Kapital zu zusätzlich erzeugtem Bruttosozialprodukt
Westdeutschland	13,0	7,4	1,7
Italien	12,6	5,5	2,3
Frankreich	11,6	4,3	2,7
USA ¹⁾	9,7	3,3	2,9
Belgien	9,0	2,9	3,1
Niederlande	14,5	4,5	3,2
Schweden	11,8	2,9	4,1
Großbritannien	9,9	2,2	4,5
Dänemark	12,4	2,3	5,4
Norwegen	21,0	3,0	7,0

¹⁾ 1950—1959.

In Norwegen werden viermal soviel Einheiten zusätzlichen Kapitals benötigt wie in Westdeutschland. Eine Analyse der Ungleichheiten bei verschiedenen Ländern auf diesem Gebiet wird die technischen und finanziellen Unterschiede aufzeigen. Ihre Bedeutung darf keinesfalls unterschätzt werden, aber angesichts der Beweglichkeit technischen Wissens und finanzieller Mittel ist ein anderer Faktor, der an seinen Standort gebunden ist, von größter Wichtigkeit — nämlich die Summe der Umwelteinflüsse im breitesten Sinne des Wortes. Klima, anbaufähiger Boden, natürliche Hilfsquellen usw. sind gegebene Voraussetzungen und praktisch unbeweglich. Jedoch ein Umwelteinfluß ist flexibel, der in jedem Land unterschiedlich ist und die Produktivität der Investitionen beeinflusst, nämlich die Wirtschaftspolitik der Regierung.

In einigen Ländern, z. B. Frankreich und Italien, arbeiten die Regierungen langfristige Pläne aus. In anderen Ländern, wo die Abhängigkeit vom Weltmarkt ausschlaggebend ist, wird für kürzere Zeitspannen geplant, wie in Schweden, Dänemark und Norwegen. Noch begrenzter sind regionale Programme, wie z. B. die Entwicklung der großen Bewässerungsgebiete in den USA. In vielen Ländern haben laufende Sozialinvestitionen (Fernstraßen, Erziehungswesen, Gesundheitswesen, soziale Sicherheit usw.) Vorrang, und die Rüstungsausgaben dürfen nicht vergessen werden. Alle diese Regierungsmaßnahmen implizieren eine Vielfalt von Investitionen und beeinflussen sowohl direkt als auch indirekt durch den Multiplikator- und Beschleunigungseffekt die Produktivität des Kapitals.

Produktivität der Arbeit

Der langsame Beschäftigungsanstieg in vielen Ländern mitten in einer Zeit wirtschaftlichen Wachstums und das Weiterbestehen einer beträchtlichen Arbeitslosigkeit sind ein klares Zeichen dafür, daß die Arbeitsproduktivität wesentlich gestiegen sein muß. Für das

Messen der Arbeitsproduktivität sind nur grobe Methoden verfügbar. In diesem Rahmen wird sie in Form eines Vergleichs dargestellt, der das Verhältnis zwischen Wachstumsraten der industriellen Produktion und industrieller Arbeitsmarktlage beleuchtet.

Jährliche Steigerung im Verhältnis von industrieller Produktion und industrieller Beschäftigungszahl
(in %)

Land	1957/1958	1958/1959	1957/1959	1957/1960 1. Vj.	1959/1960 2. Vj.
Osterreich	1,7	2,7	4,8	10,1	—
Belgien	2,3	5,2	2,8	—	—
Frankreich	3,4	7,9	11,5	22,0	23,5
Westdeutschland	1,8	4,1	6,0	10,0	—
Italien	5,9	11,3	17,8	—	—
Niederlande	2,8	7,5	10,5	18,6	—
Norwegen	2,9	3,9	6,9	9,8	12,4
Schweden	2,1	5,3	7,5	11,5	—
Großbritannien	0,8	5,5	4,2	9,1	9,0
USA	0,1	8,9	8,8	11,1	11,4

Der Fortschritt in der Produktivität war im Jahre 1958 bedeutsam, wobei Italien (5,9%) und Frankreich (3,4%) die höchsten Wachstumsraten aufwiesen. Im Jahre 1959 wurden noch bessere Fortschritte erzielt, die Wachstumsrate Italiens stieg auf 11,3%, die Frankreichs auf 7,9%. In allen anderen ausgewählten Ländern war sie 1959 ebenfalls höher als 1958. Nach den letzten verfügbaren Zahlen erreichte die Steigerung der Arbeitsproduktivität in:

Frankreich	1957 bis 2. Vj. 1960	24 %
Niederlande	1957 bis 1. Vj. 1960	19 %
Italien	1957 bis 1959	18 %
Norwegen	1957 bis 2. Vj. 1960	12 %
Schweden	1957 bis 1. Vj. 1960	12 %
USA	1957 bis 2. Vj. 1960	11 %
Osterreich	1957 bis 1. Vj. 1960	10 %
Westdeutschland	1957 bis 1. Vj. 1960	10 %
Großbritannien	1957 bis 2. Vj. 1960	9 %
Belgien	1957 bis 1959	3 %

INDUSTRIELLE PRODUKTION

Die Ergebnisse erfolgreicher Investitionen zeigen sich in den Werten der industriellen Produktion. Der saisonbereinigte Index der industriellen Produktion (1953 = 100) erreichte im 2. Vierteljahr 1958 in den meisten Ländern einen Tiefstand. Von da aus stieg der Index bis zum 2. Vierteljahr 1960 auf eine Jahresrate von:

12,9 %	in Italien
12,0 %	in den Niederlanden
10,1 %	in Frankreich
8,9 %	in Großbritannien (Juli 1960)
7,9 %	in Westdeutschland
6,9 %	in Osterreich
6,6 %	in Dänemark (Juli 1960)
6,3 %	in Schweden
6,1 %	in Norwegen
5,4 %	in Belgien

Die Steigerung der industriellen Produktion der USA, die im 1. Vierteljahr 1960 eine jährliche Rate von 13 % erreicht hatte, fiel bis September 1960 auf 3,8 % zurück. Außerdem hatte sie bereits im 2. Vierteljahr 1959 95,5 % ihres endgültigen Höchststandes vom April 1960 erreicht. Sie lag unter der Steigerung der 10 westeuro-

päischen Länder. Während in den USA seit dem 2. Vierteljahr 1959 ein Stillstand eingetreten ist, stieg die industrielle Produktion der westeuropäischen Länder zu ihrer Höhe vom 2. Vierteljahr 1960 (oder darüber hinaus) schnell weiter an. Diese Diskrepanz zwischen den USA und Westeuropa ist charakteristisch für die unvollkommene Synchronisierung zwischen den beiden Gebieten, von der bereits gesprochen wurde.

Kapitalbildung schließt auch Investitionen in Bauten ein, die jedoch von den Indices der industriellen Produktion nicht erfaßt werden. Der Bedarf an Wohnungsneubauten war, zusammen mit dem Bedarf an dauerhaften Konsumgütern, einer der Anlässe für die europäische Prosperität und leitete chronologisch gesehen die Expansion der industriellen Produktion ein.

Besonders von 1958 bis 1959 stiegen die angefangenen Wohnungsneubauten (A) oder die Genehmigungen für Neubauten (G) in einigen Ländern ganz wesentlich an (in allen vier Vierteljahren).

Jahreszuwachs an Wohnungsneubauten
(A: angefangene Neubauten, G: Genehmigungen)

Land	Anzahl	in %
Dänemark (A)	7 400	36,3
Frankreich (A)	16 400	5,4
Westdeutschland (G)	31 400	5,6
Italien (G)	36 000	15,3
Norwegen (A)	800	3,0
Schweden (A)	1 800	2,6
Großbritannien (A)	61 800	23,5
Niederlande (A)	3 600	4,3

In den USA stiegen die angefangenen Wohnungsneubauten um 170 000, d. h. um 14 % an. Der Höhepunkt wurde jedoch bereits im April 1959 erreicht. Von da an bis September 1960 fielen die angefangenen Wohnungsneubauten auf 66 % ihres Standes von April 1959 zurück. Vergleiche für die beiden gleichen Zeitpunkte zeigen, daß auch in Europa die Aktivität in diesem Sektor nachließ: in Italien, Schweden und Großbritannien begannen die Wohnungsneubauten bereits tatsächlich abzunehmen. Verschiedene Entwicklungen trugen dazu bei. Ausgebildete Arbeitskräfte wurden knapp, die Löhne stiegen, und die Regierungen intervenierten, um eine Inflation abzuwenden. Da das Bauwesen zinsempfindlich ist, wurden geldpolitische Mittel angewendet, um die schnelle Zunahme von Wohnungsneubauten zu entmutigen.

AUSSENHANDEL

Die Handelsbilanz ist in einer freien Volkswirtschaft für die Bildung des Bruttosozialprodukts von großer Bedeutung. Ein Blick auf die Tabelle über die Steigerungen der Komponenten des Bruttosozialprodukts zeigt, daß diese Einkommensquelle z. B. im Jahre 1959 in Schweden, Italien, Frankreich und Norwegen von großer Bedeutung für das Wachstum des Bruttosozialprodukts war. In Frankreich und Norwegen mußte die Nettoausfuhr tatsächlich die abnehmenden inländischen Investitionen ausgleichen. In Großbritannien und Westdeutschland war es umgekehrt.

In den USA scheint der Gipfel der wirtschaftlichen Prosperität des Jahres 1957 im Juli erreicht worden zu sein, aber eine Verschlechterung des Außenhandels hatte bereits vorher begonnen. Der Tiefpunkt der Recession wurde im April 1958 erreicht, doch die Exporte sanken weiter bis zum 1. Vierteljahr 1959, als sie nur noch 74 % ihrer Höhe vom 2. Vierteljahr 1957 betragen. Die Einfuhren stiegen vom 3. Vierteljahr 1957 bis Ende 1959 auf 122 %. Damit wurde der Exportüberschuß im 3. Vierteljahr 1959 auf seinen tiefsten Punkt heruntergedrückt, d. h. auf weniger als 10 % seiner Höhe von Anfang 1957, ein keineswegs geringfügiges Mißgeschick. Aber — „wat den een sin Uhl, is den annern sin Nachtigall“. Diese Entwicklung war eine Wohltat für den westeuropäischen Außenhandel und trug direkt und indirekt grundlegend zur Wachstumsförderung der europäischen Volkswirtschaften bei.

INTERNATIONALE KAPITALBEWEGUNGEN

In den einleitenden Abschnitten wurde die Aufmerksamkeit auf die zwiefältigen Auswirkungen von Veränderungen der Wirtschaft eines Landes auf die Wirtschaften anderer Länder gelenkt. Die erste Auswirkung betraf Veränderungen in der Handelsbilanz, die zweite betraf internationale Kapitalbewegungen. Die Bewertung von Kapitalbewegungen ist ein heikles Unternehmen. Wenn ein Land vom Ausland Kapital für langfristige Investitionen erhält, so ist das wünschenswert, wenn die Zahlung von Dividenden und Zinsen keine Last bedeutet. Das Abfließen von langfristigem Kapital, dem ein Zufluß von Dividenden- und Zinszahlungen gegenübersteht, dürfte noch wünschenswerter sein. Die Situation ist jedoch eine andere, wenn das Abfließen langfristigen Kapitals dem geldgebenden Lande Mittel entzieht, die dieses selbst benötigt, oder wenn dieser Kapitalabfluß die monetären Reserven des kapitalgebenden Landes sinken läßt.

Der Abfluß kurzfristigen Inlandskapitals, das im Ausland höhere Zinsen tragen soll, ist in der Regel nicht abzulehnen, aber ein Abzug ausländischen kurzfristigen Kapitals in großem Umfang aus dem Schuldnerland kann viel Schaden anrichten. „Kurzfristig“ bedeutet, daß der Gläubiger sein Geld, z. B. von einer Geschäftsbank, ohne vorherige Ankündigung abziehen kann. Das Schuldnerland kann in Liquiditätsschwierigkeiten kommen, wenn große Geldsummen plötzlich abgezogen werden, denn der Ausgleich kann letztlich nur durch Gold vorgenommen werden. Da die heutige Welt immer noch vom Glanz des Goldes fasziniert wird, bedeutet der Verlust von Gold kein Vergnügen. Da das Vorhandensein einer großen Anzahl kurzfristiger Verbindlichkeiten, um es milde auszudrücken, eine derartig zweiseitige Angelegenheit ist, wird der Zustrom einer großen Menge kurzfristiger Kredite mit gemischten Gefühlen betrachtet.

In vielen Ländern genügt das Inlandskapital nicht, die Expansion zu finanzieren. Langfristige Anleihen aus Ländern mit Überschüssen werden notwendig, und

Exportländer haben vielleicht den Wunsch, sie zu gewähren. Frankreich hatte 1959 aus seinem Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen einen Überschuß von 750 Mill. \$. Auf Nettobasis betrachtet, verwendete es 30 % dieses Überschusses für kurzfristige Darlehen an Ausländer, für langfristige Anleihen wurde nichts zur Verfügung gestellt, und 70 % behielt das Land in Form von Gold für sich selbst.

Italien verdiente 500 Mill. \$ aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, besonders aus dem Fremdenverkehr, und erhielt zusätzlich 200 Mill. \$ in Gestalt von Zuwendungen. Es behielt, wieder auf Nettobasis, den Hauptteil für sich selbst — auch in Gestalt von Gold — und verwendete nur 50 Mill. \$ für langfristige Investitionen in anderen Ländern.

Nach der gleichen Berechnungsgrundlage haben die Niederlande 500 Mill. \$ eingenommen, hauptsächlich aus internationalen Verkehrsdiensten sowie aus Dividenden und Zinszahlungen. Die Hälfte dieser Einnahmen ließen sie im Ausland, für sich selbst erwarben sie Gold für ein Sechstel des Geldzuströms.

Großbritannien gab 1,5 Mrd. \$ langfristigen Kapitals ins Ausland. Es verwendete hierfür seinen gesamten Überschuß aus dem Außenhandel, der aber nur für weniger als die Hälfte dieser Investitionen ausreichte, und mußte seinen Goldvorrat angreifen und kürzlich erworbene, kurzfristige Depositen im Ausland dafür verwenden, um den Ausgleich herbeizuführen.

Westdeutschland, das (nach Abzug von Zuwendungen an andere Länder) 1958 einen Außenhandelsbilanzüberschuß von 1,5 Mrd. \$ und 1959 von 1,1 Mrd. \$ aufwies, führte in diesen zwei Jahren langfristige Investitionen von 400 Mill. \$ bzw. 1 Mrd. \$ durch, gab 1958 kurzfristige Darlehen von 864 Mill. \$ und erhielt 1959 53 Mill. \$ kurzfristige Darlehen.

Die USA lieferten 1958 für 3,3 Mrd. \$ mehr Waren an das Ausland, als sie einfuhrten. Bei Dienstleistungen bestand ein Defizit von 1,2 Mrd. \$. Die Bilanz der laufenden Posten ergab somit ein Aktivsaldo von 2,1 Mrd. \$. Einseitige Transferierungen ins Ausland (Geldsendungen durch einzelne Amerikaner, durch Hilfsorganisationen und dgl., Regierungszuwendungen für Erziehungszwecke usw.) nahmen diesen ganzen Überschuß und zusätzlich 66 Mill. \$ in Anspruch. Obwohl der Überschuß auf diese Art schwand, wurden langfristige Investitionen jedoch in großem Maßstab in Höhe von netto 3,1 Mrd. \$ fortgesetzt. In diesen Transaktionen verloren die USA 2,3 Mrd. \$ in Gold und deckten das restliche Defizit durch Übernahme kurzfristiger Verbindlichkeiten.

Im Jahre 1959 erhöhte sich die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen um 2,4 Mrd. \$, während die Ausfuhr unverändert blieb. Der Posten „einseitige Transferierungen“ stieg leicht an. Das Defizit der laufenden Posten von 312 Mill. \$ und die reduzierten langfristigen Investitionen von nur 1,7 Mrd. \$ (netto) wurden

teilweise wieder aus neuen kurzfristigen Dollarguthaben von Ausländern und teilweise (in Höhe von 700 Mill. \$) aus der Goldreserve finanziert.

Im ersten Halbjahr 1960 besserte sich die Handelsbilanz wesentlich. Das würde die Bilanz der laufenden Posten verbessert haben, wenn die Dienstleistungsbilanz nicht weiterhin defizitär geblieben wäre. Über 80 % des Überschusses wurden in Gestalt von Schenkungen ausgegeben. Das übrige Fünftel wurde für langfristige Kapitalinvestitionen in Höhe von 1 Mrd. \$ (netto) verwendet, die zum größeren Teil aus den neuen Dollarguthaben von Ausländern aufgebracht wurden.

Zahlungsbilanz der USA (in Mill. \$)

Posten	1958	1959	1959 1. Hj.	1960 1. Hj.
Laufende Posten				
Handelsverkehr	3 312	910	381	1 932
Dienstleistungen	-1 222	-1 222	- 657	- 614
Insgesamt	2 090	- 312	- 276	1 318
Einseitige Transferierungen	2 156	-2 186	-1 109	-1 064
Langfristige Investitionen (ausschl. US-Staatspapiere)	-3 146	-1 669	-1 161	- 987
Kurzfristige Darlehen (einschl. US-Staatspapiere)	557	2 653	1 529	735
Währungsgold	2 275	731	492	144
Irrtümer u. Auslassungen	380	783	525	- 146

Anm.: Ein Minuszeichen zeigt den Abfluß von Geld an. Eine Zunahme der Goldvorräte der USA würde ein Minuszeichen vor dem Geldbetrag zeigen, für den das Gold im Ausland erworben wurde.

Keine dieser Kapitalbewegungen hat die Welt erschüttert, aber die Welt sah mit wachsender Spannung auf diese Häufung kurzfristiger amerikanischer Verbindlichkeiten an Ausländer. Und das gilt um so mehr, als ausländische Guthaben von US-Bonds und Notes ebenfalls zugenommen haben. Denn es ist offensichtlich, daß ein Ausländer, der einen Bond auf dem offenen Markt verkauft, seinen langfristigen Anspruch in einen kurzfristigen umwandelt.

Die folgende Übersicht zeigt, daß die kurzfristigen Verbindlichkeiten (einschließlich Bonds und Notes) an Ausländer durch kurzfristige Forderungen der USA und Gold bis zum 1. Vierteljahr 1960 gedeckt waren, daß im 2. Vierteljahr 1960 jedoch eine kleine Unterdeckung von 2,5 % entstand. Wenn die USA aus Gründen einer Übervorsichtigkeit ihre kurzfristigen Anlagen (d. h. Forderungen der USA an Ausländer) auszuschließen wünschen, weil sie ohne drastische Gesetzgebung keinen Amerikaner zwingen können, seine Anlagen aufzugeben, dann ändert sich das Bild. In diesem Fall übersteigen im 4. Vierteljahr 1958 und im 1. Vierteljahr 1959 zwar die Forderungen noch die Verbindlichkeiten, seit dem 2. Vierteljahr 1959 beginnen jedoch die Forderungen hinter den Verbindlichkeiten zurückzubleiben. Die Situation erscheint ziemlich kritisch, wenn die USA von ihren Guthaben das Gold abziehen, das als gesetzlich vorgeschriebene Rücklage für den Notenumlauf und zur Deckung der Depositen der Mitgliedsbanken beim Federal Reserve System dient (Ende August 1960 11,3 Mrd. \$).

Gegenüberstellung der kurzfristigen Verbindlichkeiten und Forderungen der USA

Position	1958 31. Dez.	1959				1960	
		31. März	30. Juni	30. Sept.	31. Dez.	31. März	30. Juni
Kurzfristige Verbindlichkeiten in Mrd. \$							
US-Bonds und Notes im Besitz d. Auslands u. internat. Institutionen	1 478	1 650	1 650	1 974	2 164	2 288	2 339
Kurzfrist. Verbindlichkeiten an Ausländer u. internat. Institutionen	16 159	16 655	18 428	19 197	19 365	19 649	20 363
Insgesamt	17 637	18 305	20 078	21 171	21 529	21 937	22 702
Gold und kurzfristige Forderungen in Mrd. \$							
Forderungen an Ausländer	2 542	2 419	2 441	2 402	2 645	2 736	2 749
Goldvorrat	20 582	20 486	19 746	19 579	19 507	19 457	19 363
Insgesamt	23 124	22 905	22 187	21 981	22 152	22 193	22 112
Gegenprobe in %							
Die Verbindlichkeiten übersteigender Goldvorrat	16,7	11,2	-1,7	-7,5	-9,4	-11,3	-14,7
Die Verbindlichkeiten übersteigender Goldvorrat plus kurzfristige Forderungen	31,1	25,1	10,5	3,8	2,9	1,2	-2,6

In diesem Zusammenhang mag es interessieren, welche Länder kurzfristige Forderungen an die USA besitzen (Stand vom Juli 1960):

Internationale Institutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Vereinte Nationen u. a.)	3 332 Mill. \$
Westdeutschland	2 704 Mill. \$
Kanada	2 686 Mill. \$
Großbritannien	1 727 Mill. \$
Japan	1 502 Mill. \$
Italien	1 095 Mill. \$
Schweiz	874 Mill. \$
Frankreich	650 Mill. \$
übriges Europa	1 951 Mill. \$
übriges Asien	1 317 Mill. \$
Lateinamerika	2 496 Mill. \$
Alle übrigen	369 Mill. \$
Insgesamt	20 703 Mill. \$

VERLANGSAMUNG DES WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS IN DEN USA

Wie diese Abhandlung gezeigt hat, besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen der Entwicklung in Westeuropa und in den USA. Man könnte diesen Unterschied summarisch zusammenfassen, indem man feststellt, daß die Wachstumsrate in den USA viel geringer ist als in Westeuropa, daß aber das Niveau, auf dem dieses Phänomen des Wachstums sich entfaltet, in den USA wesentlich höher liegt als in anderen Ländern. Zu sagen, daß der steile Aufstieg der westeuropäischen Volkswirtschaften im Vergleich zu der ziemlich langsamen Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft ans Wunderbare grenze, wäre jedoch unrichtig. Was nach allen historischen Erfahrungen unerwartet zu sein scheint, ist nicht so sehr der europäische Fortschritt als vielmehr die amerikanische Verzögerung. Aber gleichgültig, welchen Aspekt man zu betonen wünscht, liegt die Schwierigkeit grundsätzlich in einer unvollkommenen Synchronisierung der internationalen Wirtschaft.

Eine große Zahl Wirtschaftswissenschaftler glaubt, daß die Inflation die Hauptursache für die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in den USA gewesen ist. Ein konservativer Zweig dieser Schule würde wie folgt argumentieren: Eine Inflation sprengt

den Wachstumsprozeß. Eine ständige Erhaltung des Wachstums erfordert stabile Preise. Die Inflation schwächt den Willen und den Anreiz zum Sparen und verursacht Sorglosigkeit im Investitionssektor. Liberalere Anti-Inflationisten haben gesagt, daß diese Argumentation nur im Falle eines zu großen Nachfragedruckes gültig sei. Aber, so stellen sie ferner fest, in oligopolistischen Industrien seien z. B. die Preise hoch, da sie manipuliert seien. Außerdem könne es kein Wachstum ohne eine ständige Erhöhung der laufenden sozialen Aufwendungen, d. h. für Erziehung, öffentliche Dienste usw., geben. Das wiederum bedeute einen wachsenden Staatshaushalt. Das wirtschaftliche Wachstum müsse durch die Regierung angeregt werden, selbst auf das Risiko eines unausgeglichene Staatshaushaltes. Größere Regierungsausgaben erhöhen Produktion und Absatz und bieten somit einen Anreiz für arbeitssparende Vorrichtungen und für höhere Produktivität. Eine bescheidene Lohnerhöhung sei nicht inflationär, möglicherweise könnten zusätzlich auch die Preise gesenkt werden. Eine zunehmende Geldversorgung würde durch das Wachstum des Sozialprodukts absorbiert werden. Und letztlich würden höhere Produktion und höhere Löhne die Staatseinnahmen steigern und eventuell den Staatshaushalt ausgleichen.

Sogar eine mäßige Preissteigerung scheint mit dem wirtschaftlichen Wachstum nicht unvereinbar zu sein. Die Geschichte der 50er Jahre scheint diese Behauptung zu unterstützen.

Steigerung des Verbraucherpreisindex und wirtschaftliches Wachstum 1950—1959

Land	(in %)	
	Erhöhung der Verbraucher- preise	Wachstumsrate zu Preisen von 1954
Westdeutschland	20	89
Italien	37	65
USA	21	34

Diese Argumentation wurde von anderen zurückgewiesen. Diese behaupten, daß ein Defizit im Staatshaushalt hauptsächlich durch kurzfristige Deckungsmittel, die die Liquidität der Wirtschaft erhöhen, finan-

ziert wird. Und die sich daraus ergebende Inflation sei ernster Natur. Die Staatseinnahmen mögen steigen, aber die Ausgaben steigen infolge der höheren Preise, höheren Löhne und der Nachfrage nach mehr Dienstleistungen durch den Staat noch viel schneller. Injektionen staatlicher Mittel in den Wirtschaftsprozess materialisieren sich traditionsgemäß erst nach einer geraumen Zeit — gewöhnlich dann, wenn die Wirtschaft die Stimulierung nicht mehr benötige. Das Ausdem-Gleichgewicht-Bringen des Staatshaushalts würde deshalb die immer gegenwärtigen inflationären Kräfte beschleunigen und intensivieren.

Es erscheint zu einseitig, wenn man die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums der inflationären Phase der Konjunktur allein zuschreiben wolle. Ist es nicht logischer und realistischer, wenn man die Ursache der Schwierigkeiten in dem Auf und Ab der Wirtschaft, mit anderen Worten in ihrer allgemeinen Unstabilität sieht? Die drei Nachkriegsrecessionen, ausschließlich der gegenwärtigen, haben die USA schätzungsweise 113 Mrd. \$ gekostet. Auf diesen Betrag schätzte der verstorbene Wladimir Woytinski, eine international anerkannte Autorität auf dem Gebiet der Statistik, den Unterschied zwischen dem Bruttosozialprodukt dieser Recessionsperioden und der Höhe, die das Bruttosozialprodukt erreicht hätte, wenn es sich ruhig und reibungslos hätte weiterentwickeln können. Indirekt hat die Wirtschaft weitere Verluste von 300 Mrd. \$ erlitten, da die Recession sie daran hinderte, in dem gleichen Maße weiterzuwachsen wie in den 12 Monaten vor dem Rückschlag. Deshalb schätzte Woytinski den Gesamtverlust, den die Wirtschaft, der USA durch die Recessionen erlitten hat, auf etwa 400 Mrd. \$.

Die wirtschaftliche Unstabilität scheint die Hauptursache für die Verlangsamung des Wachstums der amerikanischen Wirtschaft zu sein. Der theoretische Exkurs am Anfang dieser Abhandlung war ein Versuch, eine allgemeine Erklärung für die Wechselwirkung von Wachstumstrends und wirtschaftlichen Fluktuationen zu geben. Diese These scheint durch einige spezifische Phänomene in der jüngsten Geschichte der amerikanischen Wirtschaft untermauert zu werden. Zum Beispiel waren Veränderungen nach oben und nach unten in verschiedenen Zweigen des Investitions-

Die Übersetzung des englischen Originalartikels wurde von unserem Redaktionsmitglied Hubert Höping vorgenommen.

sektors häufig und abrupt. Die Theorie scheint auch durch Spiralbewegungen bestätigt zu werden, die bei Ausgaben von Staats- und Ortsbehörden für militärische und nicht-militärische Zwecke eintraten. Eine andere Ursache der Unstabilität sind die wiederholten Fluktuationen beim Konsumentenkredit, die ganz gewiß nicht die Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in den USA gefördert haben. Hier scheint ein besonders schwieriges Problem vorzuliegen angesichts der Tatsache, daß sich der Konsumentenkredit im 2. Vierteljahr 1960 auf 52,8 Mrd. \$, d. h. auf 16 % der Gesamtverbraucher Ausgaben für Waren und Dienstleistungen, belief, die sich saisonbereinigt auf 329 Mrd. \$ stellten.

SYNCHRONISATION — EIN GROSSES RATSEL

Die mangelnde Übereinstimmung zwischen der westeuropäischen Prosperität und der Stagnation, wenn auch auf hohem Niveau, in den USA wurde in diesem Aufsatz mit der mangelhaften Synchronisierung erklärt. Der Fortschritt der europäischen Prosperität hat sich jedoch in jüngster Zeit allmählich verlangsamt, obwohl die Synchronisation keineswegs weniger unvollkommen ist. Die Wachstumsrate des industriellen Produktionsindex Westeuropas steigt immer noch — in einigen Ländern in bescheidenem Maße, in anderen träge, und in manchen sinkt sie auch bereits (Westdeutschland —1,6 % vom 2. Vierteljahr bis Juli 1960, Großbritannien —0,8 % im gleichen Zeitraum). In den USA war die Wachstumsrate des industriellen Produktionsindex im 2. Vierteljahr 1959 am höchsten. Sie erreichte diese Höhe nicht wieder, auch nicht, als zu Beginn des Winters der Stahlstreik beendet wurde.

Es ist nun an der Zeit für eine letzte Frage: Wann wird dieser Mangel an Synchronisation ein Ende nehmen? Oder wird er niemals enden? Diese Frage durch logische Erwägungen zu beantworten, ist außerhalb aller Möglichkeit. Darum wird eine andere Frage als Antwort angeboten: Ist eine perfekte wirtschaftliche Synchronisation wünschenswert für die Welt in ihrer Gesamtheit? Es gibt einen Anhaltspunkt für die Beantwortung dieser Frage. Er wurde von dem Orakel von Delphi gegeben, das für die dunkle Zweideutigkeit seiner Weissagungen berühmt war:

*Vollkommenheit ist unvollkommen
und Unvollkommenheit ist vollkommen.*